



Das Verkehrsgewerbe ist in Berlin hart umkämpft | © Ingenui, Canva (Symbolbild)

Mobilitätsverband: Verkehrswende in Berlin starten

22. September 2026

Als eine der ersten Lobbyvereinigungen hat sich der bundesweite Mobilitätsverband VSPV nach der Berlin-Wahl mit konkreten Forderungen zur Verkehrspolitik an die künftige Senatskoalition gewandt. „Berlin muss die Weichen für eine echte Mobilitätswende stellen. Mit der Einbindung des Taxis in den ÖPNV und einer klaren Absage an unfairen Wettbewerb à la Uber kann die Hauptstadt eine Vorreiterrolle einnehmen“, erklärte Patrick Meinhardt, Hauptstadtrepräsentant des Mobilitätsverbandes VSPV.

Im Einzelnen plädiert der Verkehrsexperte für die Integration des Taxis in den öffentlichen Personennahverkehr, etwa als Dienstleister bei Krankenfahrten und zur besseren Anbindung der Stadtteile außerhalb des S-Bahn-Ringes. „Die Mobilitätswende steht und

fällt mit fairem Wettbewerb auf unseren Straßen“, betonte Meinhardt. Deshalb gehöre ein verbindlicher Mindesttarif für Mietwagen in den künftigen Koalitionsvertrag. Berlin müsse hier mit einer Bundesratsinitiative ein bundesweites Zeichen setzen.

Dazu gehöre auch, dass die Berliner Landesregierung die „Uberisierung“ des Stadtbildes stoppe. „Es kann nicht sein, dass der Senat den Totengräbern des mittelständisch geprägten Taxigewerbes auch noch den roten Teppich ausrollt. Wer Uber & Co. in dieser Form hofiert, sollte dann auch weithin sichtbar den Uber-Schriftzug am Roten Rathaus anbringen“, kritisierte Patrick Meinhardt. (red)